Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 176. Abendblatt. Sonnabend, den 13. April. 1867.

Die Abrechnung mit Frankreich.

Napoleon und die französischen Blätter sehen das Recht Preußens, die Festung Luxemburg besetzt zu halten, plötzlich als eine Drohung gegen Frankreich an. Aber dies Recht stammt doch nicht von heute, es ist bereits über ein halbes Jahrhundert alt und hat den Franzosen in dieser langen Zeit keine Angst eingeflößt und keine Gefahr bereitet, woher sollte es also jetzt plötzlich zu einer Drohung werden. Kein besonnener Mensch kann in so altem Rechte eine Drohung erblicken wollen. Die Forderung Napoleons an Preußen, ein so altes Recht aufzugeben, ist mithin eine ganz unberechtigte, hieße absichtlich einen Vorwand zum Streite mit Preußen suchen und die erste beste Gelegenheit zum Kriege vom Zaune brechen.

Nun wohl, will Napoleon den Krieg, so kann er ihn haben, Preußen wird nicht lange auf sich warten lassen. Das Eine aber möge Frankreich wohl beherzigen, ehe es zum Kriege mit Deutschland schreitet, daß auch Deutschland, wenn es einmal zum Kriege kommt, mit Frankreich abrechnen dürfte, und daß bei dieser Abrechnung nicht Deutschland, wohl aber Frankreich zu verlieren hat. Denn Deutschland besitzt kein Land mit französisch redender Bevölkerung; dagegen hat Frankreich ganze Gaue, in denen nur deutsch gesprochen wird und zählt über 2 Millionen deutsch redende Einwohner, ja 1,160,000 Einwohner, die nur deutsch ververstehen, und denen daher das Französische eine fremde, unverständige Sprache ist. Hierhin gehört nicht nur der ganze Elsaß, sondern außerdem der ganze Norden Lothringens, nordöstlich der Linie Rongemont, Metz, Longwy. Es ist doch natürlich, daß Deutschland, wenn es einmal ohne seine Schuld zum Kriege mit Frankreich gezwungen wird, auch diese ächt deutschen Gaue wieder zurückfordert und Frankreich auf diejenige Grenze zurückführt, welche ihm seiner Sprache und seiner Geschichte nach zukommen. Möge Frankreich daher auf seiner Hut sein. Es kann im Kriege zwar vieles verlieren, aber schwerlich etwas gewinnen.

Dazu kommt, daß Frankreich unter Napoleon bereits so in Schulden gerathen ist, daß aus auch diesem Grunde ein Krieg für Frankreich von großen Gefahren begleitet ist. Schon unter der Präsidentschaft Napoleons am 1. Januar 1851 betrugen die Schulden Frankreichs 5345 Millionen Franks. Am 1. Januar 1863 betrugen sie dagegen bereits 13,000 Millionen Franks und sind also in jedem Jahre etwa 660 Millionen Franks an Schulden hinzugekommen. Was bei solcher Finanzwirthschaft ein Krieg mit Deutschland kosten würde, das läßt sich gar nicht voraussehen. Jedenfalls sind die Gefahren auch aus diesem Grunde für Frankreich sehr bedeutend.

Fassen wir hiernach alles zusammen, die schlechte Bewaffnung der französischen Truppen, die Ueberlegenheit der preußischen Waffen, die Verstärkung Preußens durch norddeutsche und süddeutsche Heere, die finanzielle Lage Frankreichs und das alte Unrecht, das Frankreich durch den Raub Lothringens und des Elsasses an Deutschland begangen, die Schmach, daß noch heute Millionen von Deutschen unter französischem Scepter schmachten, so können wir bei einem Kriege zwischen Frankreich und Preußen nur Gefahren für Frankreich, nicht aber für Preußen erblicken.

Wir wünschen daher auch, daß Preußen nicht einen Fußbreit von seinem guten Rechte zurückweiche. Es fordert dies Preußens, es fordert Deutschlands Ehre. Deutschland und Preußen haben das Recht an Luxemburg als ächt deutsches Land, in dem kein Franzmann wohnt, Preußen hat das Besatzungsrecht der Festung Luxemburg durch den Vertrag von 1816 und hat damit den faktischen Besitz des Landes. Hiervon kann und darf es nichts abgeben. Mag der Störenfried an der Seine darüber sich grimmen oder nicht, wir wollen nicht aus Höflichkeit gegen ihn auch nur ein Titelchen deutschen Rechtes und Bodens Preis geben. Die Franzosen aber mögen endlich inne werden, daß die Zeit vorüber ist, wo sie lüstern die Hand nach dem Rheine ausstrecken durften, daß das jetzige Preußen nicht die Macht ist, die mit sich spielen läßt und daß deutsches Land und deutsches Volk jetzt unter dem Scepter der Hohenzollern die Macht und den Willen gewonnen haben, ihre Rechte zu vertheidigen und mit Nachdruck zu wahren.

Deutschland.

□ **Berlin,** 12. April. Von den verschiedensten Seiten tauchen jetzt Vorschläge zu einer friedlichen Beilegung der Luxemburger Frage auf, die namentlich auch eine, die Ehre und das Interesse der deutschen Nation vermeintlich nicht beeinträchtigende Zurückziehung der preußischen Besatzung in Luxemburg in's Auge fassen. Praktische Bedeutung kann man solchen Vorschlägen nicht beilegen, da sie von inkompetenter Seite ausgehen, und an maßgebender Stelle über die Besatzung in Luxemburg keinerlei Verhandlungen angeknüpft sind. Solchen Vermittelungsvorschlägen müßte doch vor allen Dingen auch die ernste Absicht der streitenden Parteien nach Ausgleichung vorausgehen und die Existenz einer Differenz selbst. Bis jetzt liegen ja nicht einmal über diese Kundgebungen von kompetenter Seite vor und noch weniger haben diejenigen Kreise in Frankreich, denen man kriegerische Absichten wegen Luxemburg zuschreibt, das Verlangen nach einer Vermittelung laut werden lassen. Vorläufig sind also solche Ausgleichung-Kombinationen überhaupt gegenstandslos. — Es ist hier nicht unbemerkt geblieben, daß in der Rede des Grafen Bismarck am 10. d. M., die Verhältnisse zu den süddeutschen Staaten und den Prager Frieden betreffend, nur auf Oesterreichs Meinung und Auslegung Bezug genommen wird, der französischen Regierung aber keine Erwähnung geschieht, was doch früher bei solchen Veranlassungen nie unterlassen wurde. Sollte dieß wohl Zufall sein? — In süddeutschen Blättern wird mit Besorgniß auf den mangelhaften Vertheidigungszustand süddeutscher Festungen, z. B. Ulm's, hingewiesen und man scheint selbst dort eine größere rechtzeitige Fürsorge der Regierungen in Bezug auf den militärischen Schutz des Landes für alle Eventualitäten zu wünschen. — Zur Aufregung der Leidenschaften der französischen Nation werden auch die abentheuerlichsten Mittel nicht gescheuet; so wird allem Anschein nach von den Polen das Gerücht verbreitet: „die Hälfte des Königreichs Polen solle an Preußen abgetreten werden". Daß diese Requisition namentlich unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Preußen so wenig Verlockendes haben kann, als andererseits zur Abtretung keine Veranlassung vorliegen dürfte, wird von den Urhebern des Gerüchtes wenig beachtet; auf die französische Nation verfehlt es doch nicht seine gewünschte Wirkung. — Ein bestimmter Termin für die Einberufung des preußischen Landtags ist gutem Vernehmen nach bis jetzt noch nicht anberaumt. Allerdings ist aber möglichste Beschleunigung der Einberufung zu erwarten, da nach Maßgabe der preußischen Verfassung zur Annahme der Bundesverfassung, die eine Veränderung der preußischen Verfassung involvirt, zweimalige Berathung mit einem Zwischenraum von 21 Tagen nöthig ist. — Der mehrseitig ausgesprochenen Vermuthung, daß die Regierungen unter der Bedingung eines siebenjährigen Uebergangsstadiums von anderweiten Garantieen für den Fortbestand der Heereseinrichtungen absehen würden, möchte ich mich nicht anschließen, sondern eher annehmen, daß auf Gewährleistung für ein Minimum der Armeebedürfnisse an Mannschaft und Geld größeres Gewicht gelegt werde, als auf Verlängerung des Provisoriums. — Ueber die Verwaltungsorganisation der Elbherzogthümer coursiren viel abweichende Nachrichten; einerseits werden definitive Entscheidungen in dieser und jener Richtung gemeldet, andererseits wieder das Gegentheil, und namentlich die Bewohner der Stadt wie des Herzogthums Schleswig scheinen aus der Sorge über ihre abgesonderte Regierung nicht heraus zu kommen. Definitive Entschließung über die künftige Verwaltungs-Einrichtung ist auf keinen Fall schon gefaßt, auch in der Kürze wohl noch nicht zu erwarten. Somit bleibt auch die endgültige Entscheidung über Vereinigung und Trennung wie über die Sitze der Regierungen zunächst in suspenso; die Frage über eine Aufhebung der faktisch bestehenden schleswiger Regierung und ihre etwaige Verbindung mit der holsteinschen ist aber, wie ich höre, gar nicht näher in's Auge gefaßt worden und bis jetzt keine dahin gehende Intention vorhanden. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht also für das Fortbestehen einer besonderen schleswiger Regierung und es ist wenig Grund zur Besorgniß der Schleswiger in dieser Frage vorhanden. — Ein Bericht der hiesigen evangelischen Johannisstiftung enthält viel Bemerkenswerthes über die Armenpflege in großen Städten und darf der Beachtung aller für diese wichtigen Kommunal-Angelegenheit sich Interessirenden empfohlen werden.

Berlin, 12. April. Se. Maj. der König hat den nachbenannten Kaiserlich russischen Offizieren 2c. Orden verliehen, und zwar: das Großkreuz des Rothen Adlerordens in Brillanten: dem General der Infanterie und General-Adjutanten Baron Liewen; das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens: dem Direktor der Kaiserlichen Theater Grafen Borch; den Rothen Adler-Orden erster Klasse: dem General-Lieutenant und General-Adjutanten Grafen Schuwaloff und dem General-Major, General-Adjutanten und Hof-Stallmeister Fürsten Wladimir Bariatinsky; den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit dem Stern: dem Hofmarschall Grafen Puschkin und dem diensthuenden Ober-Ceremonienmeister Fürsten Liewen; den Rothen Adlerorden zweiter Klasse: dem Obersten und Flügel-Adjutanten Grafen Keller; den Rothen Adlerorden vierter Klasse: dem Betriebsdirektor der Warschauer Bahn Alquier; den Königlichen Kronenorden zweiter Klasse mit dem Stern: dem Kommandanten des Winter-Palais General-Major Kube; den Königl. Kronenorden zweiter Klasse: dem Obersten v. Erckert und dem Wirklichen Staatsrath Mereschovski; den Königlichen Kronenorden dritter Klasse: dem Stabs-Rittmeister Fürsten Urussoff und dem Kollegien-Rath und Kammerjunker v. Müller vom Ober-Hofmarschall-Amt.

— Der König hat dem Kuratorium der evangelischen Johannesstiftung in Folge der Uebersendung des Jahresberichts derselben seine Anerkennung für die im verflossenen Jahre erzielten Erfolge aussprechen und gleichzeitig zur Förderung der Zwecke der Stiftung einen Beitrag von 500 Thlr. zugeben lassen. Auch die Königin hat der Stiftung dieser Tage einen erneuten Beitrag von 100 Thlr. übersandt.

— Der Bazar im Kronprinzlichen Palais ist auch noch heute Sonnabend von Mittags 12 bis 4 Uhr geöffnet. Der Eintrittspreis ist an diesem Tage Ein Thaler. Jeder Besucher erhält dafür ein Loos zu der in nächster Zeit stattfindenden Verloosung von zum Theil sehr werthvollen Gaben, welche verspätet eingetroffen und noch in Aussicht gestellt sind. Jedes Loos gewinnt.

— Die von der Königin arrangirte Lotterie für den Pensionsfonds der Feuerwehr hat 15,000 Thlr. eingebracht.

— Vor Kurzem war mehrmals von einem zweiten Geheimvertrag zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten die Rede, welcher eine Ergänzung des militärischen Allianzvertrages bilde. Wie die Wiener „N. Fr. Pr." hört, existirt ein derartiger zweiter Vertrag in der That und enthält derselbe detaillirte Ausführungsbestimmungen des ersten; es soll gegenwärtig über die Opportunität der Veröffentlichung dieser Vereinbarungen verhandelt werden. Man hält die Publikation derselben für ein geeignetes Mittel, Frankreich zu überzeugen, daß es eventuell wirklich mit der ganzen Wehrkraft des Nordens und Südens zu thun bekommen würde.

— Aus Paris wird der „A. A. Z." unter dem 8. April geschrieben: Das Rundschreiben des Grafen Bismarck über die Luxemburgische Frage ist hier eingetroffen. Es enthält eine Darlegung der politischen Geschichte des Großherzogthums, erörtert die nationale Stellung desselben, und gelangt zu dem Schlußsatze: daß das preußische Besatzungsrecht eine auf der Festung Luxemburg ruhende Servitut sei, welche der jeweilige Besitzer derselben ertragen müsse. Gegenüber der von hier ausgegangenen Behauptung: daß die Abtretung des Großherzogthums an Frankreich durch eine diplomatische Staatsakte geschehen sei, theile ich Ihnen als durchaus sicher und verbürgt mit, daß dem nicht so sei, sondern der Kauf nur durch eine eigenhändige Korrespondenz beider Souveräne abgeschlossen wurde. — Weiter wird angeführt, daß die Rüstungen in Frankreich mit großem Eifer betrieben würden. Der Korrespondent sagt: Für die Privatfabriken sind Prämien ausgesetzt worden, wenn sie die ihnen in Auftrag gegebenen Waffen vor den stipulirten Terminen abliefern. In der Zeugschmiede des Herrn Brissac zu Puteaux bei Paris arbeiten 1200 Arbeiter täglich 15 Stunden, um die Visiere für die Chassepotgewehre anzufertig n, welche dann in den Kaiserlichen Arsenalen auf die Flintenläufe aufgesetzt werden. Aus der ungemein zuversichtlichen Sprache des Kriegsministers geht hervor, daß derselbe in kürzester Frist ein großes Heer untec den Befehlen der Marschälle Forey, Mac Mahon, und Malikao (Montaban) an der Ostgrenze aufzustellen gedenkt. (?) Mit dem Chassepotgewehr sollen zunächst nur die zum Tirailleurdienste bestimmten Truppen bewaffnet werden, während die übrigen die Minisbüchse behalten würden, deren Vortheil darin liege, daß sie dreimal so weit trage, wie die preußische Zündnadelflinte. Der Kaiser selbst ist ruhig und undurchdringlich wie immer. Als er sich gestern zur Messe in die Tuilerieen-Kapelle begab, sagte er den im Korridor aufgestellten Generalen und Hofbeamten: die obschwebenden Befürchtungen seien durchaus übertrieben, die Lage keineswegs eine kriegerische, und die Panik der Börse vollkommen ungerechtfertigt. Im französischen Offizierkorps herrscht natürlich eine große Kriegsbegeisterung; nicht so im Volke, und eben so wenig unter der Mehrheit des gesetzgebenden Körpers.

— Die „N. A. Z." schreibt: Die von der hiesigen „Börsene Zeitung" gebrachte Nachricht von einer Note, welche das preußisch Kabinet in Bezug auf die Luxemburger Frage an die auswärtigen Höfe gerichtet haben soll, ist unbegründet. Es existirt keine Note dieser Art und von dem in der „Börsen-Zeitung" angegebenen Inhalt. Die preußische Regierung hat zum Erlaß einer solchen Note auch keine Veranlassung, da sie in Verhandlungen über die Luxemburger Frage nach keiner Seite hin eingetreten ist. Sie hat nur ihre Gesandten an den fremden Höfen von dem Sachverhältniß in Betreff Luxemburgs in Kenntniß gesetzt und die Garantie-Mächte von 1839 um Mittheilung ihrer Ansichten über den bezüglichen Vertrag ersuchen lassen. Das ist Alles, was ihrerseits in dieser Angelegenheit geschehen ist.

— Aus dem Kreise Saarburg wird der „N. A. Z." berichtet, daß dort seit mehreren Tagen ein französischer Artillerie-Kapitän umherreist, angeblich zur Besichtigung von Alterthümern, notorisch um Wegekarten aufzunehmen. Aehnliche Gäste sind bekanntlich in Westdeutschland bereits vielfach bemerkt worden.

— Die Bundesbevollmächtigten haben vorgestern und gestern ihre Berathungen über die vom Reichstage gefaßten Beschlüsse fortgesetzt. Nach der „Bk.- u. H.-Z." geht das Gerücht, die Regierungen würden in der Diätenfrage so weit nachgeben, daß hierüber gar nichts in der Verfassung gesagt, also Art. 29 ganz gestrichen und diese Materie einem später zu vereinbarenden Gesetze vorbehalten werde. Dies wäre ein Anknüpfungspunkt für diejenigen Mitglieder des Reichstags, welche in der Vorberathung für die Bewilligung von Diäten gestimmt hatten, nachdem ihnen durch den Schluß der Diskussion die Gelegenheit genommen worden war, sich dahin auszusprechen, daß es bei der Diätenlosigkeit vorläufig und bis zur Regelung dieser Frage durch ein Gesetz verbleiben solle. — Was das Bundeskriegswesen angeht, so würde, erzählt man, die Regierung sich das Moltke'sche Amendement aneignen, aber auch die 7jährige Uebergangsperiode sich gefallen lassen.

— Der Termin, welcher in der Disziplinar-Untersuchung wider den Abgeordneten Twesten wegen Reden, die er im vorigen Frühjahr vor Wähler-Versammlungen gehalten, am 3. April vor dem Kammergericht anstand, ist auf den Antrag des Oberstaatsanwalts aufgehoben worden, um diese Sache mit der weiteren Anklage zu kombiniren, welche auf den Beschluß des Ober-Tribunals wegen der Rede eingeleitet worden ist, die Twesten am 10. Febr. v. J. über den Ober-Tribunalsbeschluß vom 29. Januar im Abgeordnetenhause gehalten.

— Schon wieder hat Berlin ein schreckliches Unglück zu beklagen, wie der „Publ." erzählt. Gestern Nachmittag gegen 3 Uhr stürzten die Brandmauern der vor einigen Wochen ausgebrannten Dannenberg'schen Fabrik in der Köpnickerstraße am schlesischen Thore in Folge des heftig wehenden Windes in sich zusammen, mehrere Arbeiter, welche mit Bergung der noch brauchbaren Maschinentheile beschäftigt waren, unter ihren Trümmern begrabend. Aber sofort noch erfolgtem Zusammensturz war auch unsere wackere Feuerwehr wieder auf dem Posten und befreite mit eigner Lebensgefahr die Verschütteten aus ihrer entsetzlichen Lage. Schauerlich war es mit anzusehen, wie der Wind die noch stehengebliebenen Mauertrümmer herüber und hinüber neigte; Gottlob hielten sie sich aber noch aufrecht, bis die unerschrockenen Feuerleute unter Leitung ihres Direktors Scabell das Rettungswerk vollbracht hatten, dann wurden sie aber vollends niedergelegt

Welchen Schaden die Verschütteten genommen, konnten wir gestern nicht ermitteln; schwer verletzt müssen sie jedoch alle gewesen sein, denn sie wurden alle mittelst Tragekorbes vom Unglücksplatze weg befördert; einer, hieß es, war bereits todt. Wir erfahren zu diesem Unglücke noch, daß 8 Arbeiter unter dem Schutte begraben wurden, wovon der Eine sofort getödtet, Einer schwer und die Andern leicht verletzt wurden.

— Im Hotel des Staatsministeriums wurde gestern Mittags wieder eine Konferenz der Bevollmächtigten der norddeutschen Bundesregierungen abgehalten. Nach dem Schluß derselben fand bei dem Ministerpräsidenten ein größeres Diner statt.

— Das Staats-Ministerium trat gestern wieder in einer Sitzung zusammen.

— Die Anwesenheit des Geheimen Raths v. Wolff in Hannover steht nicht blos, wie mehrfach vorausgesetzt wird, mit der Einrichtung der Landrathsämter in diesem neuen preußischen Landestheil in Verbindung, sondern hat Bezug auf die gesammte Verwaltungsorganisation. Es handelt sich dabei vor Allem um den Provinzverband selbst, also um die Frage, welche Theile von Hannover etwa abzuzweigen und mit einer andern Provinz des preußischen Staates zu vereinigen wären; sowie um die Eintheilung der Provinz in Regierungs-Bezirke oder Landdrosteien; endlich um die Untereintheilung der Landrathsämter und Amtsbezirke. Bei den bezüglichen Berathungen wird auch die Stellung der Landschaften ihre Berücksichtigung finden.

— Aus Mecklenburg-Schwerin schreibt man der „Volksztg.": Die Sammlungen für unsere vier liberalen Abgeordneten zum Reichstage haben einen reichen Ertrag ergeben. Es sind bereits 600 Thlr. an dieselben abgesandt worden. — Dem General von Moltke ist das Ehrenbürgerrecht von seiner in M.-Schwerin belegenen Vaterstadt Parchin verliehen worden.

— Aus Luxemburg wird berichtet: Ein Telegramm Tornacos lautet: „Haag, 9. April. Die Lage ist dieselbe; aber es ist die Neutralität Luxemburg, garantirt durch die fünf Großmächte, ernstlich in Frage.

— Aus Wien wird den „Hamb. Nachr." unter dem 11. April telegraphirt: Es ist hier der Abgang einer französischen Eröffnung über die luxemburger Frage avisirt, welche dieselbe zum diplomatischen Austrag zu bringen bestimmt, die Voraussetzungen formulirt, unter welchen Frankreich den eventuellen Ausspruch der Mächte für bindend erachten könne und werde.

Frankfurt a. M., 10. April. Der Lärm über den Verfall Frankfurts legt sich und die abgeschmackten Entstellungen des wirklichen Sachverhaltes zerfließen mehr und mehr in ihr Nichts. Selbst unsere Preußen feindlichen Blätter haben erst dieser Tage eingestanden, daß vornehme und reiche Fremden in letzter Zeit hier ihren Wohnsitz genommen haben, und daß bereits Industrielle aus den Rheinlanden die günstige Lage der Stadt benutzen, um Geschäfte zu begründen. Was die Börse betrifft, so macht die Frankfurter von der allgemeinen Geschäftslosigkeit zwar keine Ausnahme, specifische Einbuße hat sie aber durchaus nicht erlitten. Die massenhaft angedrohte Auswanderung beschränkt sich auf einen oder zwei Fälle und hat in dem Zuzug neuer Geschäftsleute mehr als Ersatz gefunden. Wir sind fest überzeugt, daß die Stadt unter preußischer Herrschaft einer Blüthe in Handel und Gewerbe entgegengeht, welche sie unter dem alten Regiment nie erlangt hätte, wo die dafür nöthigen Maßregeln und Einrichtungen wohl projektirt, aber nur zum geringsten Theil ausgeführt wurden. Jetzt kommt aber ein anderer Trieb und Zug hinein; mit politischem und diplomatischem Carricaturspiel hat es dagegen ein wohlverdientes Ende.

Wiesbaden, 11. April. Ein Erlaß des Ministerial-Kommissarius Liebrecht ordnet für Nassau die sofortige Einführung der preußischen Klassen- und kassifizirten Einkommensteuer an. Bis zu 15. Mai müssen die Steuerheberollen überall aufgestellt sein. Es wird hiernach vom 1. Juli d. J. an das ganze preußische Steuersystem in Nassau aufgestellt werden.

Rumpenheim, 9. April. Die Herzogin Adelheid von Nassau hat das Krankenzimmer bereits verlassen und schon mehrere Spaziergänge im Freien unternommen. Von einer Uebersiedelung nach dem Schlosse Bieberich ist vor der Hand ganz abgesehen.

Kreuznach, 8. April. Der „Rhein. Kur." vernimmt, daß der „Oranienhof" für den Kronprinzen von Frankreich gemiethet wurde. Der Prinz soll schon bei Beginn der Badesaison erwartet werden.

Karlsruhe, 11. April. Von einer Mitbesetzung der Festung Rastatt durch Preußen ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Nach Abschluß der Allianzverträge wäre aber die Wiederherstellung des früheren Zustandes ein Ereigniß, durch welches Niemand in Erstaunen gesetzt werden kann. Technische Truppen für den Festungsdienst besitzt Baden ohnehin nicht.

Ausland.

Paris, 10. April. Es versteht sich von selbst, daß diejenigen, welche in der letzten Zeit so grimmig mit dem Säbel gerasselt haben, nicht sofort sich zufrieden geben und die Waffen in die Ecke stellen können; es ist aber darum doch wahr, daß die Erklärung der Regierung (mit welcher, beiläufig bemerkt, Rouher dem braven Thiers einen hübschen Streich gespielt hat) im corps législatif sehr ernüchternd gewirkt hat. Mögen sich die Leute noch so sehr bemühen, diese Erklärung kriegerisch auszudeuten, man braucht nur einen Blick auf die Blätter zu werfen und man wird sich überzeugen, daß das ziemlich künstlich erregte und gesteigerte Fieber im Abnehmen ist.

— Das „Mémorial diplomatique" enthält folgende Mittheilungen: Die Nothwendigkeit, für die Reorganisation der Armee in wirksamer Weise Sorge zu tragen, und die Maßregeln, welche der Berathung der Kammer unterbreitet und unverzüglich in Anwendung zu bringen, haben das Kriegsministerium veranlaßt, einige ziemlich wichtige Vorkehrungen zu treffen. Die auf ein halbes Jahr Beurlaubten sind einberufen, die 14tägigen Beurlaubungen, die man häufig den Unteroffizieren der Garnisonen großer Städte bewilligt, sind bis auf Weiteres aufgehoben. Alle Unteroffiziere der Armee, die mit Chassepot-Gewehren versehen sind, erklären in den Regimentern die theoretische Anwendung dieser Waffe. Auf diese Weise unterrichtet, werden die Truppen in einigen Stunden von dieser Waffe Gebrauch machen können, sowie sie dieselbe in Händen haben werden.

— Die „Patrie" erklärt, die Fabrikation der neuerfundenen leichten Geschütze sei erst ins Versuchsstadium getreten — offenbar will man den nächsten Feind mit dieser neuen Waffe überraschen, ob dies gelingen wird, ist sehr fraglich, denn alle Welt kennt die neue Erfindung schon, nachdem die französischen Blätter sie verrathen haben.

— Die Eröffnung des Lagers von Chalons wird in diesem Jahre nicht früher als sonst, sondern wie alljährlich am 25. Mai stattfinden.

Straßburg, 9. April. Gestern wurden alle in Straßburg zu bekommenden Holz- und Eisenarbeiter engagirt, um in die Arsenale als Hülfsarbeiter einzutreten. Sodann gehen jeden Tag Eisenbahnzüge mit schwerer Artillerie von Straßburg nach Metz, um jenen Platz zu armiren. In Straßburg sind seit über einem Jahre beträchtliche Erdwerke und neue Verschanzungen aufgeworfen worden, um die dahinter liegenden Wälle zu decken. Morgen erwartet man einen französischen Marschall zur Inspizirung dieser Werke, der Zeughäuser 2c.

London, 9. April. Das Ministerium Ricasoli hat sich der fast ungetheilten Sympathie der englischen Freunde Italiens erfreut und von Seiten unserer Presse im Ganzen und Großen eine günstige Beurtheilung erfahren. Der Umschwung in Florenz wird daher nicht mit Wohlgefallen begrüßt, um so weniger, da man in dem Nachfolger des zurückgetretenen Premiers nicht einen Staatsmann erblickt, wie man ihn in der gegenwärtige Lage Italiens wünschen würde. Da die Vorgänge in der inneren Politik Italiens keine genügende Erklärung für den Kabinetswechsel bieten, sucht man nach Gründen in der auswärtigen Politik. So meint die „Pall Mall Gazette": „Ricasoli's Abneigung gegen Frankreich ist wohl bekannt. Er war auf italienischer Seite der Haupturheber des Bündnisses mit Preußen, als des Mittels zur Befreiung Venetiens. Nachdem dieser Zweck erreicht, wußte er sich auch mit Oesterreich auf guten Fuß zu stellen, so daß er Italien und Deutschland allmälig in enge Beziehungen zu einander brachte. Es leuchtet ein, daß dem französischen Hofe eine solche Politik nicht genehm sein konnte. Rattazzi dagegen steht in höherer Gunst bei dem Tuilerieen-Kabinete, denn er hat seit 1859 keine Fortschritte gemacht; er ist und bleibt der Anbeter und gehorsame Diener Frankreichs, als ob zwischen einem Königreiche Sardinien von fünf Millionen und dem Königreiche Italien von 25 Mill. kein Unterschied bestände, als ob die auswärtige Politik trotz dieser gewaltigen Veränderungen auf demselben Stadium stehen geblieben wäre. Rattazzi ist daher gerade der Mann, den der Kaiser Napoleon in diesem Augenblicke an der Spitze der Regierung Victor Emanuels zu sehen wünschen muß. . . . Der Ministerwechsel kann in der That nur bedauert werden.

Florenz, 7. April. Das Land sieht Herrn Ricasoli mit Bedauern von der Leitung der Geschäfte scheiden. Die Redlichkeit seines Strebens, der Ernst seines Wollens finden allseitige Anerkennung, obschon ihm nicht vergönnt war, die hohe Aufgabe zu vollführen, die er sich vorgezeichnet hatte. Herr Ricasoli vermochte es eben nicht, sich gänzlich und entschieden von den falschen Doktrinen des Parlamentarismus loszusagen, seine Energie erweckte ihm nur Gegner und entfremdete ihm seine Anhänger, weil sich dieselbe mit halben Maßregeln begnügte; im Kabinet selbst hatte der Ministerpräsident mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen, kurz sein Rücktritt konnte Niemandem unerwartet kommen, drr hier nur einigermaßen den Sachen auf den Grund zu sehen gewohnt ist.

Aalborg, 9. April. Sonntag Abend entstand in der hiesigen Freimaurerloge ein heftiges Feuer. Die Gebäude brannten total aus, daß nur die Mauern stehen blieben. Das ganze Inventarium und Archiv wurde vom Feuer verzehrt.

Petersburg, 10. April. Die Dampfyacht „Standart" wird zu den ersten Fahrzeugen gehören, welche in diesem Jahre armirt werden. Diese Yacht wird in den ersten Tagen des Mai in See gehen und wahrscheinlich Kopenhagen besuchen. Es werden auf derselben Räumlichkeiten für den Großfürsten Thronfolger und dessen Gemahlin (Prinzessin Dagmar von Dänemark) eingerichtet.

Mexiko. Der nordamerikanische Minister Seward hat in einem Schreiben an Juarez darauf gedrungen, daß Kaiser Maximilian im Falle seiner Gefangennehmung als Kriegsgefangener behandelt (d. h. nicht ins Gefängniß geworfen oder gar erschossen) werde. —

Pommern.

Stettin, 13. April. In der verflossenen Nacht um 1 Uhr brach in dem vor dem Königsthore belegenen, in Fachwerk erbauten Wohnhause des Fuhrherrn Fr. Rüß Feuer aus, durch welches das Haus ungeachtet des schnellen Einschreitens der Feuerwehr eingeäschert wurde. Der Besitzer und dessen Angehörige waren bei dem schnellen Umsichgreifen des Feuers außer Stande, irgend etwas zu retten; das Gebäude ist bei der Magdeburger Gesellschaft mit 1780 Thlr., das Mobiliar mit 1271 Thlr. versichert. Wie verlautet, soll das Feuer in einer unbewohnten Hinterstube auf bisher indessen nicht ermittelte Weise entstanden sein.

— Heute Vormittag fiel ein etwa 16jähriger Bursche beim Uebersteigen auf einen an der Eisenbahnmauer liegenden Kahn in die Oder und ertrank.

— Beim Graben auf dem neuen Kirchhofe wurde dort gestern eine Kiste mit Pflaumen gefunden, die muthmaßlich von einem bisher nicht ermittelten Diebstahle herrührt.

— Im vorigen Jahre sind hier auf der Königlichen Telegraphenstation 68,959 Telegramme aufgegeben und 71,300 angekommen.

— Aus einem Schreiben des Herrn Ministers v. Mühler an einen Rittergutsbesitzer in der Altmark geht hervor, daß der Herr Finanzminister Frhr. v. d. Heydt die Königl. Provinzial-Steuer-Direktoren ermächtigt hat, für Sonn- und Festtage den Anfang des Betriebs der Branntweinblasen um 3 Uhr Morgens bei denjenigen Brennereien zu gestatten, nach deren Einrichtung die Destillation alsdann bis zum Beginn des öffentlichen Gottesdienstes beendigt sein kann. Damit ist also dem Wunsche vieler Brennereibesitzer nachgegeben, der — irren wir nicht — auch im Herrenhause bei Gelegenheit einer Petition über die Sonntagsfeier zur Sprache kam und befürwortet wurde.

Stargard, 12. April. Am Mittwoch leisteten die beiden hannöverschen Offiziere, welche in das hiesige Regiment versetzt worden sind, den preußischen Fahneneid. — Den unablässigen Bemühungen der Garnison-Aerzte des hiesigen Regiments ist es gelungen, die am Dienstag vorgefallene Vergiftung von vier Soldaten durch Kohlenoxyd auf die beiden schon gemeldeten Todesfälle zu beschränken. Beide Rekonvalescenten sind jetzt außer Gefahr. Am Freitag Nachmittag 5 Uhr wurden die zwei der Vergiftung erlegenen Soldaten vom Garnison-Lazareth aus unter militärischen Ehrenbezeigungen beerdigt. — Der gestrige Viehmarkt war sehr schwach mit Vieh betrieben und Käufer wenig hier, welcher Umstand wohl dem zu gleicher Zeit in Gültzow stattfindenden Viehmarkte, sowie dem ungünstigen Wetter zuzuschreiben sein dürfte. Gute Ochsen wurden von Fettviehhändlern vielfach erhandelt.

Stadt-Theater.

Gestern Abend fand das erste Gastspiel der Dresdener Hofschauspielerin Frl. Ulrich statt. Dieselbe ist früher hier gewesen und den Stettinern daher von früher noch wohl bekannt ist. Es ward zuerst gegeben „König René's Tochter," ein überschwenkliches, sentimentales Stück, voll mancher trefflicher Gedanken und erhabener Diktion, aber in seiner Idee und Anlage verfehlt. Der Gast gab die zuerst blinde, dann durch einen maurischen Arzt zum Sehen, durch den Besuch des Grafen Tristan zur Liebe erwachte Tochter des Königs René mit vieler Kunst nnd mit ergreifendem Gefühle. Herr Buchholz als Graf Tristan übertrieb und spielte von Anbeginn der Rolle in einem Affekte, der keine Steigerung zuließ. Im zweiten Stücke „Der beste Ton" von Töpfer gab der Gast die übermüthige, lebenslustige und kokette Leopoldine von Strehlen in so frischer, lebensfroher und ausgelassener Laune, daß es eine Freude war, dem trefflichen Spiele zuzusehen. Ihr Liebhaber Major von Warren war nicht übel, nur fehlte dem Herrn Buchholz die militärische Haltung, welche die Rolle erfordert. Von den andern Mitspielenden müssen wir Herrn Bethge als Oberjägermeister, Herrn Richardt als Nicolas, die beide ganz vortrefflich spielten, sowie Herrn Schreiber als Philipp v. Strehla und Frl. Märtens als dessen Gattin lobend erwähnen. Das Stück wurde brav gespielt und fand allgemeinen Beifall.

Vermischtes.

— Ein Augenzeuge der Eröffnung der Pariser Ausstellung erzählt folgenden Zwischenfall, der unseres Wissens noch nirgends veröffentlicht worden ist: Die schönste Skulptur der Ausstellung stellt den sterbenden Napoleon I. vor. Ein italienischer Bildhauer hat diesen Marmor gemeißelt, dessen Anblick ergreifend ist. Napoleon I. sitzt in einem großen Lehnstuhle, den siechen, schon fast erstorbenen Körper in Decken gehüllt; nur der mächtige Kopf, das große fiebernde Auge leuchtet noch von Schmerz und Leben; wilddüstere Gedanken furchen noch in der letzten Stunde die gewaltige Stirne. Als Montag der Kaiser und die Kaiserin mit ihrem Gefolge von Höflingen u. s. w. in der italienischen Abtheilung erschienen, empfing sie das italienische Comité, und als dasselbe nach kurzer Begrüßung ehrerbietigst zurückwich, fiel der Blick des Kaisers auf jene imposante Statue. Mit rascher Bewegung schreitet er darauf zu. Da läßt sich plötzlich ein polterndes Gekrache hören. Die Kaiserin wendet sich und stößt einen Angstschrei aus. Die übrigen Anwesenden sind nicht minder erschrocken. Schon glaubt man eine Höllenmaschine. Man erfährt endlich, daß ein Gerüste eingebrochen unter dem Zudrange des Publikums und so den blinden Lärm verursacht habe. Der Kaiser war ruhig und kalt geblieben; die Kaiserin wurde aber krank von dem gehabten Schrecken, und an demselben Tage mußte deshalb Diner und Soirée in den Tuilerieen abbestellt werden.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

München, 13. April. Fürst Hohenlohe drückte, beim Empfange der Adresse der Deputirten in der luxemburgischen Frage, seine Freude aus über die Einigkeit der Kammer und des Landes für die Wahrung der Ehre Deutschlands. Die Adresse sei gleichzeitig eine richtige Deutung des Allianz-Vertrags Baierns mit dem übrigen Deutschland, welchen die Regierung aufrecht erhalten werde. Dennoch müßte die Aufgabe der Regierung sein, Alles für die Sicherung eines ehrenvollen Friedens zu thun, und er hoffe das Gelingen dieses Bestrebens von der Mäßigung der nächstbetheiligten Regierungen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 12. April, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Nordstern (SD), Wulff von Elbing. Wind: N. Strom eingehend. Revier $16\frac{1}{4}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 13. April. Witterung: bewölkt. Temperatur + 10° R. Wind: SO.

An der Börse.

Weizen höher bezahlt, loco pr. 85pfd. gelber und weißbunter 85—91 Rt bez., exquisite 92 Rt bez, geringer 76—84 Rt bez., 83—85pfd. gelber Frühjahr $88\frac{3}{4}$—90 Rt bez., $89\frac{1}{2}$ Rt Br. u. Gd., Mai-Juni 87—88 Rt Br., Juni-Juli $87\frac{1}{2}$ Rt bez., Juli-August $85\frac{1}{2}$, 86 Rt bez., Septbr.-Oktober 80 Rt Gd. u. Br., $80\frac{1}{4}$ Rt bez.

Roggen fest und höher, pr. 2000 Pfd. loco 54—57 Rt bez., Frühjahr $55\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$ Rt bez. u. Gd., Mai-Juni $55\frac{1}{2}$ Rt bez., Juni-Juli $55\frac{1}{2}$, $\frac{3}{8}$ Rt bez., $55\frac{1}{2}$ Rt Br. u. Gd., Juli-August $54\frac{1}{2}$ Rt bez. u. Gd., September-Oktober $51\frac{1}{2}$ Rt Gd., 52 Br.

Gerste ohne Umsatz.

Hafer loco pr. 50pfd. 30—31 Rt bez., Frühjahr 31 Rt bez.

Rüböl stille, loco $11\frac{1}{6}$ Rt Br., April-Mai 11 Rt Br., $10\frac{5}{6}$ Rt Gd., September-Oktober $11\frac{1}{2}$ Rt Br. u. Gd.

Spiritus etwas fester, loco $16\frac{1}{2}$, $\frac{11}{24}$ Rt Br., $16\frac{3}{8}$ Rt bez., Mai-Juni $16\frac{1}{2}$ Rt Br. u. Gd., Juni-Juli $16\frac{3}{4}$ Rt Br. u. Gd., Juli-August $16\frac{11}{12}$ Rt Gd.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.

Landmarkt.

Weizen 85—92 Rt, Roggen 52—56 Rt, Gerste 43—47 Rt, Erbsen 53—57 Rt per 25 Schffl., Hafer 28—32 Rt per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—7 Rt, Heu pr. Ctr. 21 Sgr. bis 1 Rt